

Aktuelles

Bericht des Vereins Frauenwürde e.V., Arbeitsgruppe der KirchenVolksBewegung, für die 19. Bundesversammlung in Trier

18.03.2006 - 23:02

Der Verein Frauenwürde e.V., 1998 gegründet um die gesetzliche Schwangerschaftskonfliktberatung nach dem Ausstieg der Bischöfe in katholischer Hand weiterzuführen, ist mit seinen Landes- und Ortsvereinen Träger von sechs Beratungsstellen für Frauen/Paare/Familien im Schwangerschaftskonflikt. Die Arbeit umfasst die Beratung im Schwangerschaftskonflikt und in sozialer Not, wie auch Beratung über Verhütung und zum Umgang mit anderen Problemen in der Schwangerschaft.

Zu unserer großen Freude ist es dem Ortsverein Eschborn gelungen, unsere 6. Beratungsstelle erfolgreich aufzubauen. Seit dem 1. Januar dieses Jahres hat die Beratungsstelle, die sich den Namen Sarah & Hagar gegeben hat, die Arbeit aufgenommen. Die Anerkennung durch das Regierungspräsidium in Kassel ist erfolgt, das Land Hessen wird die Beratungsarbeit finanziell unterstützen, wenn auch noch nicht ganz klar ist, in welcher Höhe die Zuschüsse des Landes ausfallen werden. Die Stadt Eschborn hat sich bereit erklärt, durch die Übernahme der Mietkosten die Arbeit der Beratungsstelle anerkennend zu begleiten. Die Ärzte der Umgebung sind über die Einrichtung informiert, den Schulen wurden Hilfen im Sexualekundeunterricht und in der Information über Verhütung angeboten. Die ersten Frauen haben auch schon den Weg in die Beratung gefunden. Frauenwürde e.V. ist sehr stolz auf den Mut und das Engagement des Ortsvereins Eschborn und bemüht sich, alle mögliche Unterstützung zu geben – auf ein gutes Gelingen der neuen Beratungsstelle.

Die Beratungszahlen in unseren Beratungsstellen in Olpe, Duisburg, Hattingen, Neuwied und Lahnstein steigen weiterhin. Auch die Zusammenarbeit mit Schulen, Jugendverbänden, Trägern von Jugendeinrichtungen und Beratungsstellen für Familien- und Gesundheitsfragen wird stark nachgefragt. Unsere Beratungsstellen sind zu einem festen Bestandteil im sozialen Gefüge der Gesellschaft geworden.

Die Statistiken, die über die – in der Regel anonymen Beratungen – in jeder Beratungsstelle geführt werden müssen, zeigen deutlich eine anwachsende wirtschaftliche Unsicherheit bei den Ratsuchenden. Arbeitslosigkeit, Arbeitslosengeld II, drohender Stellenverlust machen die Entscheidung für ein Kind schwer. Auch fehlende Möglichkeiten der Unterbringung von Kleinkindern, besonders in ländlichen Gegenden, die Wohnungssituation, aber auch das fehlende Interesse des werdenden Vaters am Kind führen häufig zu Abbruchsüberlegungen.

Zur Vertiefung ihrer Arbeit, zur Fortbildung und zum Von-einander-Lernen treffen sich die Beraterinnen unserer Beratungsstellen zwei Mal im Jahr zu einer Tagung, zu der auch Fachleute zur Weiterbildung eingeladen werden.

Auch die Vorstände des Bundes-, der Landes- und der Ortsträgervereine treffen sich zum Austausch von Erfahrungen, zu Überlegungen zur Sicherung der Finanzen und zu Beratungen über mögliche politische Arbeit.

Unsere finanziellen Sorgen sind nicht mehr so groß wie zum Anfang, als wir in kurzer Zeit die Schritte zum Aufbau mehrere Beratungsstellen tun mussten. Auch ist die Arbeit der meisten Beratungsstellen durch Unterstützung vor Ort beinahe gesichert. Dennoch macht das Aufbringen der Restsummen (ca. 15.000 € im Durchschnitt pro Beratungsstelle und Jahr) zum Unterhalt häufig Kopfschmerzen, und wir sind für jede Unterstützung dankbar.

Annegret Laakmann im März 2006